

Förderung im Vergleich

von André Göbel

Eine Fremdbild-Selbstbild-Analyse zu unternehmensbezogenen Verwaltungsservices hat die Hochschule Harz durchgeführt. Ziel war es, den Einfluss der Dienstleistungsqualität von Kommunen auf die Standortentscheidung von Unternehmen zu erfassen.

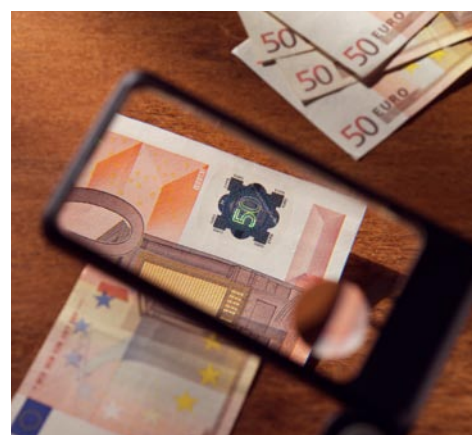
Stehen öffentliche Verwaltungen im Gegensatz zu Unternehmen tatsächlich nicht im direkten Wettbewerb? Juristisch ist die Frage einfacher zu beantworten als ökonomisch. Denn insbesondere die kommunale Selbstverwaltung befindet sich aus wirtschaftspolitischer Sicht in einer gezwungenen Transformation.

Die deutschen Kommunalverwaltungen müssen sich mehr denn je um die Steigerung der Attraktivität der Wirtschaftsstandorte bemühen. Doch die Kommunen befinden sich dabei in einem Dilemma: Angesichts der zum Teil katastrophalen Kommunalfinanzen stehen viele der freiwilligen Dienstleistungen zur Steigerung der Standortattraktivität auf dem Prüfstand und zum Teil auf der Streichliste – so auch zahlreiche Leistungen der kommunalen Wirtschaftsförderung. Doch hier ist Vorsicht geboten. Untersuchungen zeigen, dass gerade durch die operative Unterstützung der örtlichen Unternehmen die Leistungen der Wirtschaftsförderer nicht nur unabdingbar zur Standortentwicklung beitragen, sondern dass diese Anstrengungen auch die Standortzufriedenheit positiv beeinflussen. Aus Sicht des Wettbewerbs der Standorte um Unternehmen und

Investitionen ist dies ein wichtiger Aspekt.

In kleineren Kommunen wird aus diesem Grund die Wirtschaftsförderung oft zur Chefsache: In einer webbasierten Kurzanalyse im Rahmen des Forschungsprojektes Digitales Wirtschaftsförderungsmanagement an der Hochschule Harz wurden 287 Kommunen zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnern in den Bundesländern Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen auf eigenständige Wirtschaftsförderungsleistungen hin untersucht. Hierbei zeigte sich, dass in lediglich 12,7 Prozent der untersuchten Kommunen eine eigenständige Wirtschaftsförderung benannt wird. Sehr viel häufiger sind es die Bürgermeister, die gleichzeitig die aktive Wirtschaftsförderung für den Standort übernehmen. Die Vorteile für Unternehmen sind naheliegend: kurze Wege, kurze Absprachen und somit vermeintlich schnellere Verwaltungsentscheidungen.

In größeren Kommunen ist es indes nur schwer zu realisieren, dass die Wirtschaftsförderung institutionell vom Stadtoberhaupt wahrgenommen wird. Gleichwohl bestehen hier vergleichbare Anfor-



Wirtschaftsförderung unter die Lupe genommen.

derungen der Unternehmen an ihren Wirtschaftsstandort. Dies wirft folgende Grundfrage auf: Muss die öffentliche Verwaltung in ihrer Gesamtheit als Standortfaktor für Unternehmen betrachtet werden? Wie wichtig ist die Dienstleistungsqualität der Verwaltung neben der örtlichen Leistung der Wirtschaftsförderung und neben harten Faktoren wie Straßen, Absatzmarkt, Qualifikation der Arbeitnehmer und Nähe der Produktzulieferer? Dieser Aspekt wird derzeit an der Hochschule Harz untersucht. Im Rahmen einer Dissertation wurden in Kooperation mit dem KGSt-Vergleichsring „Wirtschaftsförderung Städte 80.000-150.000 Einwohner“ verschiedene Analysen in acht Teilnehmerstädten durchgeführt, welche eine Bewertung der Verwaltung als Standortfaktor ermöglichen

sollen. In den Städten Esslingen am Neckar, Kaiserslautern, Rheine, Schwerin, Siegen, Witten, Worms und Würzburg wurde hierzu unter anderem eine Unternehmens- und Verwaltungsbefragung mit bemerkenswertem Rücklauf durchgeführt: Knapp 1.400 Unternehmen mit einem Umsatzvolumen von rund 16,5 Milliarden Euro im Krisenjahr 2009 beteiligten sich an der Studie. Darüber hinaus wurden mehr als 1.200 Verwaltungsmitarbeiter mit Unternehmenskontakt befragt, um die Gesamtheit der Ergebnisse als Fremdbild-Selbstbild-Analyse zwischen öffentlicher Verwaltung und den ansässigen Unternehmen gegenüberstellen zu können.

Schon die Vorauswertung der Studie zeigt, dass die Zufriedenheit mit dem Wirtschaftsstandort maßgeblich vom direkten Handeln der kommunalen Verwaltungen abhängig ist. So wird zum Beispiel die Bearbeitungszeit von Anträgen als wichtiger eingeschätzt als die Rechtssicherheit der erteilten Auskünfte. Auch andere Kriterien des Verwaltungshandelns, wie Freundlichkeit und Erreichbarkeit der Mitarbeiter oder auch die Vollständigkeit und Verständlichkeit von Auskünften und Formularen tragen stark zur Standortattraktivität von Kommunen bei. Die vollständige Auswertung der Befragungsergebnisse wird derzeit vorgenommen und voraussichtlich im Mai 2011 der Öffentlichkeit präsentiert.

Darüber hinaus werden im EU-geförderten Nachfolgeprojekt OptimUSE (Optimierte Unternehmensförderung und Standortentwicklung) die Daten in kombinierten Analysen weiter ausge-

wertet, um detaillierte Beschreibungen zum Standortfaktor für Unternehmen zu ermöglichen. So wurden hierfür im Rahmen der Forschungsarbeit bereits umfangreiche Dienstleistungskataloge erstellt, die einen Überblick geben und die Vergleichbarkeit von Leistungen der Wirtschaftsförderungen erlauben sollen. Inzwischen konnten 159 freiwillige Leistungen im Online- und Offline-Bereich identifiziert werden. Hinzu kommen weitere 131 hoheitliche Leistungen für Unternehmen, die von der Kommunalverwaltung wahrgenommen werden. Gesetzlich geforderte hoheitliche Leistungen bedürfen jedoch keiner Entscheidung für oder gegen das Angebot. Hier definiert sich die Qualität der Verwaltung an der Leistungserbringung, also unter anderem an der Schnelligkeit, Freundlichkeit und Rechtssicherheit.

Bei den freiwilligen Leistungen in der Wirtschaftsförderung können hingegen Marktanalysen helfen, die Leistungen nachfrageorientiert anzubieten. Aus Sicht der Harzer Forscher werden freiwillige Leistungen noch zu häufig nach dem Prinzip „je mehr desto besser“ bereitgestellt. Eine tatsächliche Bedarfsanalyse oder ein Monitoring der Angebotsabfrage und -zufriedenheit finden nur in Ausnahmefällen statt. Angesichts der Entwicklung der kommunalen Haushalte besteht hier in Zukunft Handlungsbedarf. Aus diesem Grund hat die Hochschule Harz im Rahmen des oben genannten KGSt-Vergleichsrings den Katalog der freiwilligen Wirtschaftsförderungsleistungen zu einem interkommunalen Vergleich weiterentwickelt. So wurden die Leistungsangebote in den Teilneh-

merstädten einerseits unabhängig auf Verfügbarkeit und Darstellung ausgewertet und zum anderen durch Expertenbefragungen mit den Wirtschaftsförderungen auf die Wichtigkeit für den Standort überprüft. Ergebnis ist eine interkommunale Vergleichsmöglichkeit der Verfügbarkeit und Relevanz von Wirtschaftsförderungsleistungen. Diese Vergleichsmatrix wird in den kommenden Monaten weiter optimiert und voraussichtlich im Herbst 2011 den kommunalen Wirtschaftsförderungen als Instrument für ein freiwilliges Benchmarking präsentiert werden.

Zuvor werden jedoch die Ergebnisse der Unternehmens- und Verwaltungsbefragung vollständig ausgewertet und Ende Mai im Rahmen der KGSt-Fachkonferenz Wirtschaftsförderung vorgestellt. Schon heute kann ein klares Ergebnis aus den Befragungen extrahiert werden: Die Standortzufriedenheit von Bestandsunternehmen wird durch einen freundlichen, schnellen und transparenten Verwaltungskontakt maßgeblich beeinflusst. Somit trägt das Verwaltungshandeln zur örtlichen Wirtschaftsförderung maßgeblich bei.

André Göbel ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im KAT-Forschungskompetenzzentrum an der Hochschule Harz und für das Forschungsprojekt Optimierte Unternehmensförderung und Standortentwicklung tätig.

Link-Tipp

Weitere Informationen zum Forschungsprojekt OptimUSE der Hochschule Harz:

- <http://egov.hs-harz.de/optimuse>

Weitere Links finden Sie unter www.kommune21.de.